

Bürgerschaft am 16.12.2021

TOP 7.12 Anfrage: Satzung zur Vermeidung von Plastikmüll bei Veranstaltungen

Einreicher: Anett Kindler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI

Es antwortet: Amt für Kultur, Welterbe und Medien

Anfrage:

Wie ist der Bearbeitungsstand der Beschlussvorlage zu einer „Satzung zur Vermeidung von Plastikmüll bei Veranstaltungen in der Hansestadt Stralsund (Müllvermeidungssatzung)“ und wann ist mit der Beratung in den Gremien zu rechnen?

Antwort:

In der Bürgerschaftssitzung am 21. Januar 2021 wurde eine Beschlussvorlage für die Gremien für März avisiert, gleichzeitig aber auch auf die abzuwartenden Regelungen für Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie abgestellt.

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie galten auch nach Wiedererlaubnis von Veranstaltungen bestimmte Einschränkungen und Auflagen, u.a. des FD 34 – Veterinärwesen und Verbraucherschutz/FG 34.30 des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Bei der Durchführung von Veranstaltungen und dem Betrieb von Verkaufsständen darf Mehrweggeschirr nur genutzt werden, wenn ein Geschirrspüler mit mind. 68°C Wassertemperatur vorhanden ist. Kann dies nicht gewährleistet werden, so gilt grundsätzlich die Nutzung von Einweggeschirr. Der überwiegende Teil an Gastronomieständen verfügt mittlerweile über diese Art von Geschirrspülern. Betreiber, die nicht über diese Möglichkeit verfügen, haben sich auf geänderte Bedingungen, unter anderem aufgrund von Auflagen in Standbedingungen der Veranstalter oder auf das seit dem 3. Juli 2021 in der EU geltende Verbot von Einwegplastikprodukten eingestellt und greifen auf alternative, abbaubare Materialien zurück.

Somit erscheint eine derzeitige Einführung und vor allem Durchsetzung einer "Satzung zur Vermeidung von Plastikmüll bei Veranstaltungen" als nicht realistisch. Zudem ist vor dem Hintergrund des Verbotes von Einwegplastikprodukten und weiterer zu erwartender gesetzlicher Regelungen zu überlegen, ob der Erlass einer Ortssatzung noch notwendig ist.

Der weitere Umgang mit dieser Thematik könnte in einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung gemeinsam von den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung thematisiert werden.